

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Telegraphisch: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 5 Pf.

## Jahresrückblick und Ausblick.

### III. Unsere Organisation.

Wie alle deutschen Gewerkschaften, hat auch unser Verband im letzten Jahre die Mitgliederzahl nicht aufrechterhalten können. Wir sind vom 1. Januar 1923 mit 280 500 Mitgliedern auf etwa 225 000 am 1. Januar 1924 zurückgegangen. Allerdings muß die Einschränkung gemacht werden, daß unsere Statistik in den letzten Monaten infolge der ungeheuren äußeren Schwierigkeiten nicht absolut zuverlässig ist. Wir glauben aber, daß im neuen Jahr auch dieser Mangel wieder beseitigt werden kann und wir auf eine einwandfreie Mitglieder- und Organisationsstatistik rechnen können. Jedenfalls ist zu bedenken, daß eine Anzahl großer Städte, darunter Berlin, München, Frankfurt, Breslau, Dresden usw. ganz erhebliche Arbeiterentlassungen in Gemeindebetrieben vorgenommen haben, ebenso wurde in den Staatsbetrieben die Arbeiterzahl bedeutend eingeschränkt. Trotz alledem müssen wir bei Ausgang des Jahres feststellen, daß unser Organisationsganges nunmehr wieder ziemlich gefestigt dasteht und die Hoffnung der Arbeitgeberverbände, hilflose Gewerkschaftsorganisationen auf längere Zeit als Gegenkontrahenten zu haben, ist im Schwimmen begriffen. Zwar versucht die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ in ihrer Nummer vom 6. Januar 1924 noch — in völliger Verkennung der sich neu anbahnenden Situation — vom Tarifvertrag loszukommen zur „Wertgemeinschaft“. Mit anderen Worten, sie will freie Hand im Wirtschaftsleben, Herr im Hause sein und den Arbeitern ein „Heimatgefühl“ in der eigenen Fabrik nach patriarchalischem Muster als Ideal aufschwätzen. Wir glauben aber, daß dieser Weg nicht mehr zu begeben ist und daß die Arbeiter gerade in den letzten Monaten erkennen lernen mußten, wie absolut notwendig eine stark gefestigte Organisation ist.

Wir hatten in unserer letzten Statistik feststellen müssen, daß immerhin 6000 Arbeitslose und fast 20 000 Kurzarbeiter vorhanden waren. Natürlich hat sich in der Privatindustrie dieser Zustand der Wirtschaftskrise viel schlimmer ausgewirkt und so dürfen wir sagen, daß auch unsere Organisation in dieser Zeit der Not mit einem blauen Auge davongekommen ist.

Eines ist besonders erfreulich, daß in den Gemeinde- und Staatsbetrieben unser Verband in immer stärkerem Maße die entscheidende Organisation geworden ist. Welt über 85 Proz. aller in Gemeindebetrieben Beschäftigten werden von unserem Verbands umfaßt. Für christliche, die anderen freien Gewerkschaften und Unorganisierte zusammen verblieben nur ca. 15 Proz. Gewiß haben wir erlebt in den Zeiten des heftigsten politischen Bruderkampfes, daß auch in den Reihen unseres Verbandes die Parole austauchte: Beitragsperre! Aber nur in ganz vereinzelten Fällen ist sie zur Durchführung gelangt. Man hat erkannt, daß in der Zeit der rasenden Geldentwertung keine Organisation und keine Organisationsform in der Lage war, die Dinge durchgreifend besser zu gestalten und es bedeutet immerhin viel, daß es uns gelungen ist, in dieser Zeit wenigstens die wichtigsten Errungenschaften aus der Revolutionszeit zu haben.

Eine dieser wichtigsten Errungenschaften, der Achtfundentag, ist freilich gegenwärtig sehr stark gefährdet. Wir haben schon in der vorigen Nummer der „Gewerkschaft“ darauf hingewiesen, was für eine Attacke der Reichsarbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kom-

munalverbände plant. Man wollte zunächst schlecht und recht den Zehnfundentag wieder einführen, für alle Kategorien, selbst für Schwer- und Wechselflichtarbeiter, als ein Zustand, wie er nicht einmal in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Gemeindebetrieben war, als unsere Organisation neu einsetzte. Daß das nicht gelingen wird, darf hier mit voller Zuversicht ausgesprochen werden, andererseits aber müssen wir uns kampfbereit halten. Am 10. Januar hat bereits unsere Tarifkommission zur Arbeitszeitfrage und zum Reichsmantelkariff Stellung genommen.

Soviel steht fest, wir werden alles daran setzen, um den Achtfundentag als Grundlage beizubehalten. Wenn allerdings, wie es den Anschein hat, in der Privatindustrie mehr und mehr der Reumfundentag als Norm sich durchsetzt, infolge der gegenwärtig noch vorhandenen Schwäche der Organisationen, so werden wir allein als Gemeinde- und Staatsarbeiter den Achtfundentag nicht halten können. Darum müssen wir stets dessen eingedenk sein, daß wir in breiter Front mit der gesamten Arbeiterschaft zu manövrieren haben.

Das neue Jahr stellt uns vor neue Aufgaben und darunter in erster Linie die innere Konsolidierung unseres Verbandes. Wir werden am 18. und 19. Januar in einer Verbandsbeiratsitzung zu beschließen haben, inwieweit das Unterstützungswesen unseres Verbandes neu geregelt wird und wieweit wir den Kampfscharakter unserer Organisation stärken können. Unsere Presse ist durch das Entgegenkommen der Internationale, vor allem des

schweizerischen Verbandes, dem wir auch an dieser Stelle erneut unseren Dank aussprechen, in ihrem Erscheinen wieder gesichert und wir glauben, nicht zu viel zu sagen, wenn wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß unsere Presse sehr bald wieder den Geist der Solidarität und des Zusammenhaltens in die Reihen der Mitglieder bringen wird, so daß die heftigen politischen und tattischen Auseinandersetzungen ihren bössartigen Charakter verlieren und im Rahmen freier Diskussion das für unsere Organisation geschieht, was zweckmäßig und möglich erscheint. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß für den größten Teil unserer Gewerkschaftsangestellten die bösen Monate der Entbehrung sich in einem Maße gezeigt haben, wie sie sonst bei vielen Kollegen, die in Arbeit stehen, nicht vorhanden waren. Seit Juni 1923 hatten wir Schwierigkeiten im inneren Organisationsapparat, der „Abbau“ und die „Sparsamkeit“ vermochten nur wenig daran zu ändern, im Oktober und November sah die Sache geradezu katastrophal aus. Erst seit Anfang Dezember begann die Besserung unserer Finanzen und wir konnten daran denken, nun auch wieder die Unterstützungsfähigkeit neu zu regeln sowie die sonstigen organisatorischen Arbeiten mit voller Kraft aufzunehmen.

Bei den zahlreichen Auseinandersetzungen im Zentralausschuß, wo die Lohnherabsetzungen programmatisch von Seiten des Arbeitgeberverbandes durchzuführen versucht wurden, haben wir uns häufig herumgeschlagen müssen und immer wieder wurden von jener Seite die städtischen Finanzen als Grund angegeben, daß man nicht in den Lohnbewilligungen weiter gehen könne. Demgegenüber haben die Arbeitnehmervertreter stets darauf hingewiesen, daß ein ausgezehrer, hungriger und schlecht gekleideter Gemeindegewerkschaftler unmöglich keine volle und verantwortungsvolle Arbeitstätigkeit entfalten kann und daß es weder im Interesse der gesamten Volkswirtschaft noch der Stadt liegen kann, wenn die konsumierenden

### Eintracht

Das ist ein Klang aus alten Tagen,  
Der wie ein höheres Feuer leuchtet.  
Der seinen Bruder hat erschlagen,  
Der schling die eigne Seele tot.  
So sei du deiner Eintracht Wächter,  
Du Arbeitsvoll, zum Kampf geeicht.  
Es ist die Seele der Geschlechter,  
Die mit dir lachst und mit dir weinst.  
Bruno Schönlank.

Massen auf das Äußerste in ihren Bedürfnissen eingeschränkt werden und dadurch dem Wirtschaftsmarkt weitere Abnehmer entzogen werden.

Wir haben in den einzelnen Bezirken mit unseren Tarifverträgen im Laufe des alten Jahres trotz allem eine planmäßige Fortentwicklung zu verzeichnen gehabt. Eine äußerst schwierige Position ergab sich bei der Revision des RML infolge des Entschlusses des Reichsarbeitsministeriums vom 27. April 1923, der geradezu als ungeheuerlich zu bezeichnen ist und den wir seit jenerzeit gebührend charakterisiert haben. Es war uns möglich, in langwierigen Verhandlungen diesem Entschluß die schlimmsten Gichtzähne auszubrechen. Ob im neuen Jahre die Tarifverhandlungen zu einem Ziele führen, läßt sich bei der gegenwärtigen Stimmung in Unternehmerkreisen und der absärbenden Tendenz auf die Kommunalverwaltungen schwer sagen. Jedenfalls wird die Tarifkommission alle Kräfte anspannen müssen, um weitere Verschlechterungen abzuwehren. Die Verhandlungen über den RML dürften bereits in den nächsten Monaten beginnen, und es wird sich bald zeigen, ob die Arbeitszeitverschlechterung durch den Tarifvertrag in irgendeiner Weise ausgeglichen oder sanktioniert werden muß.

Von den kleineren Beschlüssen des verfloffenen Jahres in unserer Organisation ist insbesondere noch zu erwähnen, daß wir im Juni in unser neues Haus gezogen sind, und daß sich unser Organisationsapparat im großen und ganzen wesentlich gefestigt hatte. Es wird zu erwägen sein, wie weit durch weiteres Zusammenlegen der Gauen eine rationelle Ausgestaltung des Tarifvertragsgedankens möglich ist, um nach Wirtschaftsbezirken das ganze Gebiet Deutschlands aufzuteilen. Ueber einzelne Vorgänge, wie z. B. die größeren Streiks in Berlin, Königsberg usw., haben wir fortlaufend berichtet. Es ist gar keine Frage, daß in dieser Zeit der so zahlreichen und unberechenbaren Beschlüsse sich manche Fehler und Mängel gezeigt haben und daß wir diese Fehler in der Zukunft vermeiden müssen. Andererseits wird eine so große Organisation stets in gewissen Situationen unmittelbare Entschlüsse fassen müssen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie einmal nicht das Rechte trifft.

Das neue Jahr stellt uns vor ungeheuer schwierige Aufgaben, aber was noch vor wenigen Wochen ein großer Teil der alten be-

währten Funktionäre kaum zu hoffen wagte, daß unsere Organisation stabil und gesund aus der krisenhaften Zeit herauskommen würde, ist bereits in Erscheinung getreten. Wir haben wieder festere Unterlagen, unsere Finanzen sind in der Besserung begriffen, wir haben die Aussicht, unsere Presse wieder auf die volle Höhe zu bringen, unser Unterstufungswesen auszubauen und den Kampfescharakter unserer Organisation noch stärker in den Vordergrund zu stellen. Darum können wir getrost diesen Zeiten des Angriffs entgegengehen und werden alles tun, um zum mindesten in der Abwehr unsere Position zu halten.

Eine Voraussetzung ist allerdings erforderlich: Das ist der gelebte Wille der gesamten Kollegenschaft! Man soll nicht, wie wir das in den letzten Monaten so oft hören mußten, sagen, der Verband leistet nicht genug, sondern man soll sagen, wir wollen uns noch stärker um die Organisation kümmern, die größte Opferwilligkeit betätigen und in einheitlichem Geiste die Agitation treiben, dann wird unsere Organisation sich noch stärker auswirken und auch die berechtigten Wünsche aller Mitglieder erfüllen können.

Vie zuvor waren die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter so wichtig wie jetzt. Alles steht auf dem Spiel! Die Arbeitszeit soll verlängert, der Reallohn gedrückt werden, wenn wir nicht auf der Wacht stehen. Und gerade, weil unsere Organisation die schwerste Zeit überstanden hat, sagen wir mit vollem Bewußtsein, jetzt darf niemand zurückstehen, jetzt muß alles daran gewandt werden, um in geistiger und geschlossener Front dem Unternehmertum wie auch den Verwaltungen des Staates und der Gemeinden die volle Kraft der Organisation entgegenzustellen. Wenn wir wirklich einmal hier und da in schwieriger Position zurückweichen müssen, soll man nicht gleich von Verrat sprechen, sondern erkennen lernen, daß Wirtschaftskämpfe ohne Plan und Taktik nur zu Niederlagen führen müßten, und daß diese Wirtschaftskämpfe uns nur dann vorwärts bringen können, wenn wir genau erwägen, welche Möglichkeiten bestehen und wie wir dem stärkeren Gegner auf die Linie des geringsten Widerstandes beikommen können.

So erwarten wir von allen unrennen Kollegen, daß sie im neuen Jahre uns die Treue halten und wirken für die Stärkung und Ausbreitung unserer Organisation.

## Die Gegenwartsfragen der Gewerkschaften.

Bestimmten in der Arbeiterbewegung hatten vor einiger Zeit allen Mut verloren. In dem sich durch die Inflation abbauenden Verwaltungsapparat der Gewerkschaften sowie den sich neu erfindenden durch die wirtschaftliche Krise bemerkbar machenden Lohnabbau sahen sie schon die Auflösung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Nun sind die Meinungen dieser wenigen Bestimmen nicht ausschlaggebend in der Bewegung, aber trotz alledem ist es notwendig, auch ihnen durch klare Beweisführung zu zeigen, wie die heutigen Fragen der Gewerkschaften zu beantworten sind.

Den Optimisten zur Dämpfung und den Bestimmen zur Stärkung in ihrer Kleinlautigkeit hatte die Filiale Halle a. d. S. eine außerordentliche Funktionärsitzung anberaumt, in der der Verbandsvorsitzende Müntner über die Gegenwartsfragen referierte. Er führt etwa folgendes aus:

„Als in den denkwürdigen Novembertagen 1918 das eintrat, was man Revolution nennt, gab es in der Arbeiterschaft viel Freude und namentlich die Optimisten, denen immer der Himmel voller Geigen hängt, erklärten, daß nunmehr das neue Zeitalter beginne. Es kam hinzu, daß damals leider die Arbeiterschaft politisch gesplittet war, wohingegen die gewerkschaftliche Einheit noch vorhanden war. In diesen Tagen der Not strömten zu uns zahlreiche „überzeugte“ Genossen, um die Reihen zu schließen und den Kampf aufzunehmen.“

Hierzu kam nun die immer weiter fortschreitende Teuerung und die damit verbundene Geldentwertung, die uns zwang, jeden Monat, jede Woche, ja schließlich jeden Tag in neue Lohnverhandlungen einzutreten. War es uns heute gelungen, eine Lohnaufbesserung durchzubringen, so standen wir morgen wieder vor einem Nichts, denn die Preise waren im Gegensatz zu den neu abgeschlossenen Löhnen schon wieder um das Doppelte und Dreifache gestiegen. Augenblicklich steht es mal wieder anders aus. Wir hoffen, daß durch das neu eingeführte Geldsystem (Rentenmark, Dollar, Schanapfeisungen, Goldanleihe usw.) eine Besserung der Verhältnisse eintreten wird.

Da wir als Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Wirtschaftsorganisation bilden, die sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder in allen öffentlichen Betrieben, Verwaltungen und Körperschaften zu stärken und dauernd zu verbessern, müssen wir uns auch ein wirtschaftliches Denken angewöhnen.

Wir haben bekanntlich den Krieg verloren. In den vier Jahren haben 12 Millionen Menschen nichts getan, was mit Kulturarbeit

etwas zu tun hat. Sie haben Kriegsmaterialien hergestellt; sie haben im Vernichten ihre Aufgabe erfüllen müssen. Dieser Ausfall der Normalität fehlt der deutschen Volkswirtschaft.

Wir haben nun nicht bloß den Krieg geführt, sondern wir haben ihn verloren. Balthar Rathenau, mit dem wir im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat in vielen Sitzungen über die gesamte wirtschaftliche Lage Deutschlands gesprochen haben, kam zu dem Resultat, daß das Programm, was er durchzuführen verpflichtet ist, nichts anderes bedeutete, als daß alle Arbeitsfähigen in Deutschland mindestens vier Jahre lang drei Ueberstunden machen müßten, um die Werte heranzuschaffen, die unbedingt gebraucht werden, um 1. der Bevölkerung genügend Mittel zu geben, sich lebensfähig zu halten und um 2. die Sachleistungen fertigzustellen, die wir an die Entente zu leisten haben.

Um die Lieferung der verschiedenartigen Werte an die Entente zu schaffen, bedarf es der täglichen Arbeitszeit von vier Millionen Menschen. Allein um die Kohlenförderungen zu bewältigen, gehören 250 000 Menschen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist die bedeutendste der gesamten europäischen Arbeiterbewegung. Dieses wird von vernünftigen Leuten auch in Auslande anerkannt. Man weiß, die Niederlage der deutschen Arbeiterschaft bedeutet den Niedergang des sozialen und kulturellen Fortschritts der Arbeiterklasse Europas.

Man hat früher das Wort im Munde geführt, daß zum Kriegsführen erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld gehört. Die Gewerkschaften haben immer darauf achten müssen, daß sie auf hunderte Tausende haben, mit denen sie die Kämpfe führen müssen. Aber noch zureichender ist doch, daß zum Kriegsführen Soldaten gehören. In unserem Sinne Mitglieder, die auch in den schwierigsten Situationen, wenn nicht verstandesgemäß, so doch immerhin instinktiv die Maßnahmen erarbeiten, die in ihrem Interesse notwendig sind. Jedoch diese Mitglieder haben uns in den letzten Jahren leider zu oft gefehlt.

Wir sind im Konzern der freien Gewerkschaften, FDGB, genannt, mit allen anderen freien Gewerkschaften zusammengeschlossen. Dieser Konzern wurde vor ungeheure Aufgaben gestellt, täglich geben ihm aus dem Reiche Briefe zu, die Anträge, Vorschläge und Resolutionen enthalten, was der FDGB tun müßte und was er noch nicht getan hat. Man soll aber die Schuld nicht immer bei anderen suchen, man soll auch an die eigene Brust klopfen und sich fragen, hast du denn überall und immer mit deinem ganzen Intellekt, mit allen deinen Kräften versucht, das zu tun, was du nunmehr von anderen verlangst? Derjenige, der diese Fragen mit einem ge-

wissenhaftesten „Ja“ beantwortet kann, hat das Recht, von anderen zu verlangen, was er von sich selbst verlangt.

Wenn wir uns die Entwertung des Geldes betrachten, und wenn wir dann die Aufgaben bedenken, eventuell durch Erreichte bessere Löhne zu erzielen, so steht demgegenüber die Kurzfristigkeit der Lohnveränderungen.

Die ungeheuren Aufgaben können wir praktisch nicht alle durchführen. Schon deswegen nicht weil der Beitrag, den das Mitglied heute zahlt, erst nach drei Wochen in der Hauptkasse der Gewerkschaft einläuft. Das bedeutet, daß eine Hauptverwaltung leben muß mit dem Gelde, was drei Wochen vorher zu Recht bestand.

Trotz alledem haben wir uns versucht zu schätzen, soweit wie es eben ging, und wir können heute sagen, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter trotz der Geldentwertung noch reich ist, denn wir haben uns rechtzeitig ganz erhebliche Sachwerte zugelegt, die wir aber zu gegebener Zeit liquidieren und durch Beilegung in Geld umwandeln können. Hätten wir das Geld in der Kasse behalten, könnten wir heute höchstens ein Brot dafür kaufen.

Waswegen steht soviel auf dem Spiel? Ich habe darauf hingewiesen, daß Recht Recht ist, und daß die Macht, die sich durchzusetzen versteht, die Situation beherrscht. Wir hatten bekanntlich vor einigen Monaten eine neue politische Konstellation in der Reichsregierung. An der Spitze der Reichsverwaltung stand Dr. Hilferding. Ein Theoretiker, dessen Betrug auf diesem Gebiete anerkannt wird. Ein Mann von umfassendstem Wissen. Er war mit mir Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Tragisch war es, Dr. Hilferding nun plötzlich nicht mehr als Kampfgegner unter uns, sondern als Vertreter der Regierungsmacht vor uns zu sehen.

Seine ersten Worte waren: „Kollegen, wir haben erstens kein Geld und zweitens können wir auch keines schaffen; drittens müssen vor allen Dingen Reichs-, Staats- und Gemeindefahrer und Angestellte entlassen werden in den Betrieben, die erhalten bleiben müssen, und viertens müssen wir alle Betriebe, die nicht lebensnotwendig sind, abbauen. Bevor wir das nicht getan haben, haben wir den tiefsten Abstieg nicht erreicht. Nach diesem Abstieg können wir erst wieder daran denken, aufwärts zu steigen.“

Die augenblickliche Periode ist angetan, alle, auch die letzten Kräfte zu sammeln. Eine Schulungsarbeit hat einzusetzen wie in der Vorkriegszeit, nur daß wir noch schärfer die Fragen der sich stark ausgewirkten kapitalistischen Profitwirtschaft ins Auge fassen. Unsere Organisationen sind bis ins Kleinste auszubauen und gesund zu finanzieren. Unseren Betriebsräten gerade in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen ernauchte Aufgaben, die nicht von heute auf morgen gelöst werden. Gerade jetzt wird man bei der schlechten Finanzlage des Reichs, des Staats und der Gemeinden versuchen, die vorkriegszeitlichen Lohn- und Arbeitsmethoden wieder einzuführen. Das Reich und der Staat sind ja schon in ihrer Lohn- und Befoldungspolitik mit rigorosen Mitteln vorangegangen. Wenn man bei den Herren der Verwaltung meint, nur auf Kosten der Arbeitnehmer den Staat und die Gemeinden zu retten, so wird es Aufgabe der im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammengeeschlossenen Arbeiter, Pnoestellten und Beamten sein, unwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Mit Einzelarbeitsverträgen ist nun einmal aukgeräumt, unsere Lohn- und Gehaltsfragen, unsere Arbeitszeit und Sozialfragen, werden nur kollektiv mit unserer aller Einverständnis zu regeln sein. In diesem Sinne aufstehend wirken und handeln müssen wir alle, dann werden auch wir als Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen unsere historische Aufgabe erfüllen.“

**Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter**

Der Kampf um die Arbeitszeit in den Reichs- und Staatsbetrieben. Das Reichsfinanzministerium hatte auf Grund der Verordnung über die Arbeitszeit sämtliche Tarifkontrahenten der Arbeitnehmererschaft am 10. Januar 1924 eingeladen. Hier versuchte die Regierung eine gemeinsame Urnte zu finden, von der aus die Arbeitszeit in den Reichs- und Staatsbetrieben für die Zukunft festgelegt werden sollte. Sie unterbreitete folgenden Vorschlag:

„Die Arbeitszeit der Arbeiter ist im Durchschnitt grundsätzlich wie die Mindestdienstzeit der Beamten um mindestens eine Stunde täglich zu erhöhen, soll aber regelmäßig 10 Stunden nicht überschreiten.“

Die Gewerkschaftsvertreter haben nach einer kurzen Sonderbesprechung verlangt, daß über die Frage der Arbeitszeit nur vor Tarifkontrahent zu Tarifkontrahent verhandelt wird. Auch das Verlangen der Regierung, über die in diesem Zusammenhang stehende Dechnfrage in Verhandlungen einzutreten, wurde in gleicher Weise wie die erste Frage beantwortet. Daraufhin erklärte der Verhandlungsleiter, nimmere die Sache dem Kabinett zur weiteren Stellungnahme zu überweisen. Er ließ durchblicken, daß dann wahrscheinlich von dem § 13 der Arbeitszeitverordnung Gebrauch gemacht würde, der den Behörden das Recht gibt, für die Arbeiter der Reichs- und Staatsverwaltungen dieselbe Arbeitszeit einzuführen, wie sie für die Beamten festgesetzt wurde, d. h. nämlich 9 Stunden, mit Ausnahme von Berlin und Hamburg, wo die Arbeitszeit täglich nur 8 1/2 Stunden beträgt. Die Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe müssen nun

damit rechnen, daß schon in den nächsten Tagen eine dahingehende Verfügung erlassen wird. Darum ersuchen wir unsere Kollegenschaft dringend, überall da, wo die neunstündige Arbeitszeit verfügt wird, unter allen Umständen darauf zu bestehen, daß die neunte Stunde mit dem festgesetzten Stundenlohn, bei Wochenlöhnen mit dem 48. Teil des Wochenlohnes, bezahlt wird. Falls Behörden sich weigern sollten, diesem Antrage zu entsprechen, so ersuchen wir, unverzüglich in Einzelfällen das Gewerbegericht, in Gesamtarbeitsverträgen die Schlichtungsausschüsse anzurufen und dem Verbandsvorstand sofort davon Mitteilung zu machen unter genauer Angabe der Behörde usw. — Bei Redaktionschluss liefen vom Reichsfinanzministerium und vom preußischen Finanzministerium Schreiben bei unserem Verbandsvorstand ein, die die Arbeitszeitparagrafen des Tarifvertrages mit 30tägiger Frist kündigen. Der Kampf kann also nun beginnen. Unsere Kollegen werden auf dem Posten sein.

**Lohnzuschlag für die unter die Tarifverträge für Betriebs- und Verwaltungsarbeiter fallenden Maschinen-, Heizer, Kraftwagenführer, die nicht als Handwerker zu entlohnen sind.** Der Reichsfinanzminister hat unter Abänderung der Verfügung I B 29 600 vom 8. November 1922 verfügt:

1. Maschinen-, Heizer an Hochdruckheizungsstellen mit einem von einer amtlich anerkannten Prüfungskommission angefertigten Befähigungsnachweis sowie Kraftwagenführer, die bereits mindestens ein Jahr in dieser Verwendung bei einer Reichsbienstelle geblieben haben, erhalten ab 25. November 1923 neben dem Lohn der angelernten Arbeiter (Verwaltungsarbeiter) oder der Lohngruppe V (Kraftwagenführer) einen Lohnzuschlag gemäß § 8 des Tarifvertrages, der im Lohngebiet 1 für den Tag 7 Pf. oder für die Woche 48 Pf., im Lohngebiet 2 für den Tag 8 Pf. oder für die Woche 48 Pf., im Lohngebiet 3 für den Tag 9 Pf. oder für die Woche 54 Pf. beträgt. — 2. Die unter Nr. 1 bezeichneten Kraftwagenführer erhalten einen weiteren gleich hohen Lohnzuschlag gemäß § 8 des Tarifvertrages, wenn sie in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern als Führer von Kraftwagen mit Verbrennungsmotoren verwendet werden. — 3. Der Lohnzuschlag wird in beiden Fällen (Nr. 1 und 2) ohne Rücksicht auf die Zahl der an einem Tage geleisteten Arbeitsstunden in voller Höhe gewährt. Bei Wochenlöhnen erfolgt die Zahlung des vollen Wochenlohnes nur dann, wenn sie in der ganzen Woche die mit der Zulage bedachte Tätigkeit ausgeübt haben; andernfalls tritt tageweise Bezahlung ein. Im Strafkreis- und Urlaubsfalle mit Lohnfortzahlung richtet sich die Zahlung des Zuschlages nach der regelmäßigen Lohnzahlung. — 4. Maschinen-, Heizer und Kraftwagenführer, die nach Lohngruppe III, des Betriebsarbeitertarifs oder als Handwerker nach dem Verwaltungsarbeitertarif entlohnt werden, steht kein Lohnzuschlag gemäß Nr. 1 bis 3 zu.

**Aus unserer Bewegung**

Treuen. In der Generalversammlung am 5. Januar erstattete Kollege Pimpel den Jahresbericht. Er erwähnte die Kollegen im neuen Jahre fest und treu zum Verbands zu halten, denn gerade in diesem Jahre werden die Gemeinde- und Staatsarbeiter an allen Orten außerordentlich große und schwere Kämpfe zu bestehen haben. Das mindeste was man von jedem Kollegen verlangen muß ist, daß er fleißig unsere Versammlungen besucht, um über alle Vorgänge unterrichtet zu sein und sich dadurch als aktiver Mitkämpfer betätigen zu können. Als Vorsitzender und Kassierer wurde Kollege Pimpel, als Schriftführer Paul Müller gewählt.

**Aus den deutschen Gewerkschaften**

Mitgliederstand der dem ADGB. angeschlossenen freien Gewerkschaften am Schlusse des 3. Quartals 1923: 1. Haphalterer 1904, 2. Bäcker und Konditoren 68 870, 3. Bauwerksbund 519 231, 4. Bekleidungsarbeiter 157 836, 5. Bergarbeiter 394 284, 6. Böttcher 11 974, 7. Buchbinder 90 590, 8. Buchdrucker 71 800, 9. Chorführer 3 708, 10. Dachdecker 10 083, 11. Eisenbahner 373 364, 12. Fabrikarbeiter 696 318, 13. Feuerwehrmänner 2 292, 14. Film- und Kinoangehörige 7, 15. Fleischer 18 061, 16. Friseurgehilfen 5 808, 17. Gärtner 18 810, 18. Gemeinde- und Staatsarbeiter 2 604 92, 19. Glasarbeiter 82 579, 20. Graphische Hilfsarbeiter 47 146, 21. Holzarbeiter 431 648, 22. Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellte 47 257, 23. Hutarbeiter 27 297, 24. Kupfer Schmiede 7944, 25. Kürschner 12 102, 26. Landarbeiter 434 684, 27. Lebensmittel- und Getränkearbeiter 80 951, 28. Lederarbeiter 48 538, 29. Lithographen 20 417, 30. Maler 54 512, 31. Maschinenisten 92 464, 32. Metallarbeiter 1 528 887, 33. Müller 19 074, 34. Porzellanarbeiter 77 435, 35. Sattler, Tapezierer und Portefeuller 82 260, 36. Schiffshilfmerer 4 404, 37. Schornsteinfeger 2 922, 38. Schuhmacher 107 953, 39. Schwelger 11 200, 40. Steinarbeiter 49 493, 41. Steinleger 10 025, 42. Tabakarbeiter 105 906, 43. Textilarbeiter 698 775, 44. Verkehrsband 542 680, 45. Zimmerer 107 183. Summa 7 388 665. — Die wirkliche Stärke der Verbände der Eisenbahner, Feuerwehrmänner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Maschinenisten und Heizer, Müller und Verkehrsband ist größer. Hier sind die im Beamtenverhältnis stehenden Mitglieder abgezogen, weil sie zum ADGB. zählen. Unser Verband hatte damals 263 992 Mitglieder.

**Rundschau**

Die neue Verordnung über das Schlichtungswesen. Die am 1. Januar 1924 in Kraft getretene Verordnung über das Schlichtungswesen überweist Streitigkeiten aus den Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und Arbeitsordnungen den neugebildeten Schlichtungsausschüssen. In wichtigeren Fällen erfolgen Schlichtungen durch Schlichter, die vom Reichsarbeitsminister ernannt werden. In der Hand dieser Personen liegt zum Beispiel die bisher den Demobilisierungskommissionen obliegende Entscheidung über Anträge und Verbindlichkeitserklärungen von Schiedsrichtern der Schlichtungsausschüsse, soweit die fragliche Gesamvereinbarung in ihrem Bezirk Geltung hat. Ragt der Gesamtbereich zum Beispiel bei den Reichstarifen über das Gebiet eines Schlichters hinaus, so ist der Reichsarbeitsminister zuständig. Alle sonstigen arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, über die bisher die Schlichtungsausschüsse, Gewerbeausschüsse und Bergereverbände und die Bezirksausschüsse entschieden, insbesondere die wichtigen Kündigungstreitigkeiten, Betriebsratsabfertigung und Auflösungsstreitigkeiten die Wahlen, die Geschäftsführung usw. werden künftig von den Arbeitsgerichten entschieden. Als Arbeitsgerichte dienen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und, wo solche nicht bestehen, besondere arbeitsgerichtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse. Für Preußen ist die Durchführung der neuen Verordnung den Regierungspräsidenten übertragen worden. Alle künftig vor die Arbeitsgerichte gehörenden Streitigkeiten sind, wenn sie am 31. Dezember 1923 vor den Schlichtungsausschüssen usw. noch nicht abgeschlossen waren, binnen zwei Wochen bei dem zuständigen Arbeitsgericht erneut anhängig zu machen. Geschick des nicht, denn auch dem Prozedur die Ansprüche verloren. — Bis jetzt sind folgende Schlichterbezirke gebildet und mit nachfolgend genannten Personen als Schlichter besetzt worden:

1. Schleswig-Holstein-Mecklenburg: Schleswig-Holstein, Freistaat und Landestell Lübeck, beide Mecklenburg. Sitz Lübeck. Schlichter (nebenamtlich) Dr. Link. — 2. Hamburg: Freistaat Hamburg, einschließlich der Streitigkeiten, die zwar das Staatsgebiet Hamburg überschreiten, sich aber innerhalb des Wirtschaftsgebietes Groß-Hamburg halten. Sitz Hamburg. Schlichter (nebenamtlich) Dr. Stenzel. — 3. Hannover: Freistaaten Braunschweig, Bremen, Oldenburg, Lippe, Grafschaft Schaumburg, Kreise Minden und Lüneburg. Sitz Hannover. Schlichter (nebenamtlich) noch nicht ernannt. Für den Unterbezirk Bremen ist in ständiger Vertretung des Schlichters Dr. Boellers-Bremen bestellt. — 4. Westfalen: Westfalen (ohne die Kreise Minden und Lüneburg) rechtsrheinischer Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf, Kreise Cleve, Mids, Gelbern, Gummersbach, Wipperfurth, Waldbröhl, Altenkirchen. Sitz Dortmund. Schlichter (hauptamtlich) Reichskommissar Rehlisch. — 5. Rheinland: Rheinprovinz (ohne den rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf und ohne die Kreise Cleve, Mids, Gelbern, Gummersbach, Wipperfurth, Waldbröhl, Altenkirchen, Bielefeld) und Westfalen. Sitz Köln. Schlichter (hauptamtlich) noch nicht ernannt. — 6. Hessen: Freistaat Hessen. Sitz Darmstadt. Schlichter (nebenamtlich) Dr. Bernheim. — 7. Hessen-Rhassau: Provinz Hessen-Rhassau (ohne Schmalkalden, ohne Grafschaft Schaumburg), Kreis Weimar, Freistaat Waldeck. Sitz Frankfurt a. M., ständiger Vertreter in Cassel. Schlichter (nebenamtlich) noch nicht bestellt. — 8. Pfalz: Pfalz. Sitz noch unbestimmt. Schlichter (nebenamtlich) noch nicht bestellt. — 9. Baden: Freistaat Baden. Sitz Karlsruhe. Schlichter (nebenamtlich) Dr. Häußner. — 10. Württemberg: Freistaat Württemberg, Württemberg. Sitz Stuttgart. Schlichter (nebenamtlich) noch nicht ernannt. — 11. Bayern: Freistaat Bayern. Sitz München. Schlichter (nebenamtlich) Dr. Fug, Ministerium für soziale Fürsorge. — 12. Sachsen: Freistaat Sachsen. Sitz Dresden. Schlichter (nebenamtlich) noch nicht ernannt. — 13. Thüringen: Freistaat Thüringen. Sitz Weimar. Schlichter Dr. Hauschild, Wirtschaftsministerium. — 14. Mitteldeutschland: Provinz Sachsen, Schmalkalden, Freistaat Anhalt. Sitz Magdeburg. Schlichter (nebenamtlich) Dr. Lüttgen, Landesarbeitsamt. — 15. Brandenburg: Provinz Brandenburg (ohne den Bezirk des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin) und Grenzmark. Sitz Berlin. Schlichter (nebenamtlich) Ministerialrat Bussif, Reichsarbeitsverwaltung. — 16. Groß-Berlin: Bezirk des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin. Sitz Berlin. Schlichter (hauptamtlich) Bissell, Reichsarbeitsverwaltung. — 17. Niederschlesien: Niederschlesien. Sitz Breslau. Schlichter (nebenamtlich) noch nicht ernannt. — 18. Oberschlesien: Oberschlesien. Sitz Breslau. Schlichter (nebenamtlich) Gewerberat Brandes in Oppeln. — 19. Pommern: Provinz Pommern. Sitz Stettin. Schlichter (nebenamtlich) noch nicht ernannt. — 20. Ostpreußen: Provinz Ostpreußen. Sitz Königsberg. Schlichter (hauptamtlich) noch nicht ernannt.

Die neue Arbeitszeitverordnung, deren Inhalt wir in großen Zügen bereits in Nr. 40/1923 besprochen haben, ist am 1. Januar 1924 in Kraft getreten. Die darin zuweisenden Ausnahmen vom Achtstundentag und das Recht der beidseitigen Aufkündigung der Tarifverträge werden jetzt eifrig vom Arbeitgeber zum Zweck der Verschlechterung der Arbeitszeit benutzt. Schreit doch sogar "Die Deutsche Arbeitgeberzeitung" nach gänzlicher Beseitigung der Tarif-

verträge und Uebergang zum Werkvertrag. Die Arbeiterschaft wird in den kommenden Tagen und Wochen ungeheure Kämpfe zu bestehen haben und unsere Kollegenchaft nicht minder, wie die Forderungen des Reichsarbeitsgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände beweisen. Bereit, Gerüstet und Einigsein der Arbeiterschaft ist jetzt das unbedingt Erforderliche, sollen wir in diesem Kampfe nicht unterliegen.

Angeichts der Wichtigkeit der von der Regierung herausgegebenen Verordnung über die Arbeitszeit hat sich der Vorstand des ADGB, entschlossen, die Verordnung in Broschürenform herauszugeben, um sie weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Die Verordnung ist mit Erläuterungen von Th. Leipart versehen. Sie ist auch von unserer Abteilung "Bücher und Schriften" zu beziehen.

Kulturdokumente. Der bürgerliche Schriftsteller Heinrich Mann schreibt in "Diktatur und Vernunft" über Stinnes das Folgende: "Er kaufte schnell nacheinander alles auf, was dank der Not des Landes zu haben war: Industrien, Verkehrsmittel, Bauten. Er kaufte mit geliebtem Gelde, das er juristisch zahlte, wenn es entwertet war. Die Einnahmen des einen Unternehmens mußten in einem andern das Loch stopfen. Er hielt sich, wie er es gewohnt war, nur immer im Gleichgewicht. Von selbst, aus Bedürfnis und Ruhelosigkeit, ergab sich das System, das nachher 'proportio' genannt wurde; denn von der Kohle aufwärts zur Maschine, zum Fabrikat der Maschine, zum Schiff, das es beförderte, zum Hotel, wo das Schiff anlegte, zum Zeitungsblatt in der Hand des Gastes, alles trug dieselbe Mithra. Auch der Gast. Auch er war aufgekauft. Denn natürlich gab es fast niemand mehr im Lande, der nicht, mittelbar oder direkt, das Brot des großen Aufkäufers aß. Man entging ihm nicht. Die meisten lernten im Sinne seiner Bedürfnisse denken. Nur noch in seiner Verleumdung sahen sie ihr Heil. Saum noch kämpfende Arbeiter. Keine freie Presse mehr, er hat sie gekauft. Die Volkspartei unterlag seiner Kontrolle, der Staat formte sich, in Finanzverwaltung, innerer und äußerer Politik, nach seinen alleinigen Bedürfnissen. Der Staat in seinem Verfall hatte nicht die Kraft, seiner Verantwortlichkeit zu widerstehen. Anstatt daß Besitz des Reichsten dem Staate zugeführt wird, ging nach Staatsbesitz in sein Eigentum über. Sogar an dem schlechten Gelde, das gerade seine Beschlüsse formwährend verschlechterten, verdiente er, denn er durfte es drucken. Das Geld besaß sich ihm. Er lernte die dem Land entzogene Erbschaft in der Welt an nach Belieben. Um die Eisenbahnen des Landes in seine Hand zu bekommen, versprach er mächtigen Ausländern Vorteile. Auch bot er draußen Besten an, zu denen das Land verpflichtet war und die es nicht machen konnte; denn der Aufkäufer zählte alle Anzeichen der Welt, nur nicht die seines Landes. Die Folgen gingen nicht ihn an, er war außer aller Verantwortung, ein Privatmann. Der nie gefehene Fall, daß jemand im Staat alles und doch nichts ist, zugleich Monarch und ein nicht zahlender Zuhörer. Unverantwortlichkeit ließ es in jenem Lande, das nirgends liegt, zu Vorgängen kommen, wie kein anderer Despot sie befehlen haben würde. Wer dem Aufkäufer nicht wünschbare Dienste leistete, war verurteilt, er mußte untergehen. Anwälte und Ärzte meldeten sich zur Arbeit in Kehlengruben, ertrugen sie nicht und bezogen Selbstmord, Literaten gab es nicht mehr; Veröffentlichungen, die keinem Nutzen, nur der Blöße der Humanität gedient hätten, verschwand. Der Fortschritt fehlte die Mitte. Er war die Mitte, der besondere Stolz des Landes, verlor förmlich Schiller. Einer erzwang Steuererhöhte, die den Reichsten betrafen. Einer machte Wiene, die Wirtschaft vor dem Staatsinteresse auf die Knie zu zwingen. Welcher ward der republikanische Diktator, der den Sturz des Landes noch aufhalten konnte? Keiner, denn beide fielen. Die Märkte waren besetzt, das Geld kam wer weiß woher. Auch der Reichste mußte nichts, so wenig wie von der Todesursache der Schriftsteller und der Ärzte. Aber alles geschah schon längst im Dienste dessen, der am Ursprung saß, selbst wenn er seine Diener nicht kannte und sie ihn nicht."

**Eingegangene Schriften und Bücher**

Von der Monarchie zum Volkstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland. Insbesondere in Bärnkemera. 2. Band. Von Staatspräsident a. D. Rüd. Pios. Stuttgart. (Zeitgenössische Monographien). Preis: G. B. 3.5. geb. 4. Verlag: Pöschel'sches Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart. — Wir finden in dieser Arbeit die Fortsetzung der an der Vorgänger unvollständiger Artikel geschichtlich dargestellten Vorgänge der Revolution, spannend geschrieben.

Die Lage der Arbeiterschaft in Deutschland. Herausgegeben und besorgt vom Internationalen Gewerkschaftsbund (I. G. B. O.). Weltweit: das Deutschland: Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. B. O. Berlin S. O. Preis: G. B. 1.35. — Zur Vorbereitung internationaler Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet hat eine Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Weltweiten Internationalen Wirtschaftslage untersucht. Das Ergebnis ist in dieser Schrift niedergelegt, nachdem das Bureau der Internationalen I. G. B. O. damit beschäftigt hatte.

Proletarische Heimkünden. Monatshefte für proletarische Freidenker, Dresden-N. 2.